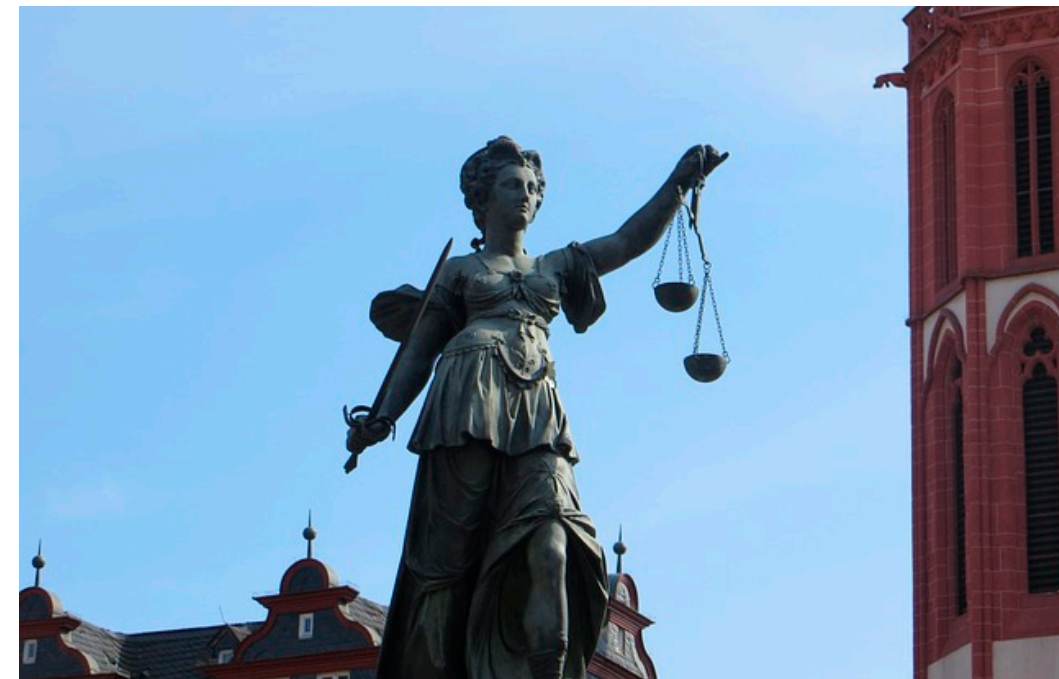


3 Sind Staatsanwaltschaften und Gerichte gut genug für den Dienst am Bürger aufgestellt?

Lange Wartezeiten, überbürokratisierte Prozesse, die teilweise politische Instrumentalisierung von Staatsanwaltschaften sowie weltfremde Urteile von Gerichten lassen das so wichtige Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat erodieren. Dasselbe gilt für den Einsatz von Geschwindigkeitsmessungen zur Verbesserung der kommunalen Kassenlage – also einem Missbrauch dieses Instruments. Auch „Kulturrabatte“ für Straftäter mit fremden Wurzeln untergraben das Rechtsempfinden der Bürger.

✓ Lösung Ohne Wenn und Aber setzt sich die AfD dafür ein, dass die Freiheitsrechte der Bürger bei der Durchsetzung staatlicher Maßnahmen – etwa unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes – nicht unter die Räder geraten. Entsprechend europäischen demokratischen Mindeststandards wollen wir die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften abschaffen. Die Justiz muss personell gestärkt werden, der Einsatz von „Blitzern“ ist auf besonders neuralgische Stellen zu begrenzen.



4 Unternimmt der Freistaat genug gegen das organisierte Verbrechen und Extremisten?

Auch unser Freistaat ist leider Tummelplatz von Extremisten verschiedenster Couleur. Außerdem versuchen abgeschottete ethnische Clans, kriminelle Strukturen zu festigen und auszubauen. Der Fokus von Regierung und Medien liegt aber auf einem aufgeblähten und einseitigen „Kampf gegen rechts“, während größere und substanziellere Gefahren für Freiheit und Sicherheit stiefmütterlich behandelt oder gar ignoriert werden. Dies gilt besonders für Islamisten und Klimafanatiker.

✓ Lösung Wir fordern, dass Polizei und Justiz ihre Scheuklappen ablegen und ihre Prioritäten auf die Bekämpfung echter Gefahren ausrichten. Den Gewaltexzessen der linksextremen „Antifa“ und von migrantischen Jugendbanden muss ebenso entschieden entgegengetreten werden wie dem Terror radikaler Islamisten. Die mögliche Entstehung einer „Klima-RAF“ ist im Ansatz zu unterbinden, die Hintermänner, Strukturen und Finanziere krimineller Klimasektierer müssen ermittelt werden.

5 Ist das Waffenrecht gut genug an aktuelle Herausforderungen angepasst?

Immer wieder erheben Politiker der verbrauchten Parteien im Bund und in Bayern Forderungen nach unverhältnismäßigen Waffenrechtsverschärfungen. Diese gehen regelmäßig zulasten unbescholtener Bürger, außerdem gefährdet die immer stärkere Gängelung durch Behörden die Jagd, den Sport sowie die Traditionspflege in Bayern – und vor allem die Möglichkeit, sich gegen Kriminelle zu verteidigen. Europäische Demokratien wie die Schweiz oder Tschechien zeigen, dass es auch anders geht.

✓ Lösung Die AfD stellt sich klar gegen jede sinnlose Verschärfung des Waffenrechts, da das eigentliche Problem der Waffengewalt nicht durch legale, sondern die in Umlauf befindlichen illegalen Waffen hervorgerufen wird. Weiterhin lehnen wir die Errichtung sogenannter Waffenverbotszonen ab, die mit massiven Freiheitseingriffen ineffektiv nur Symptome bekämpfen. Das Problem sind nicht Messer, sondern die Messerstecher.



Bild von Yildray Yücel Kamanmaz auf Pixabay

MdL Martin Böhm
Stimmkreis **Coburg**
Listenplatz 1
Oberfranken

